

Der Europäische Pakt für die Jugend



Ein Pakt für die Jugend in Deutschland!



JUGEND für Europa
Deutsche Agentur für das
EU-Programm JUGEND IN AKTION



Impressum

Der Europäische Pakt für die Jugend - Ein Pakt für die Jugend in Deutschland!

Herausgeberin:
JUGEND für Europa – Deutsche Agentur für das
EU-Programm JUGEND IN AKTION

Godesberger Allee 142-148
D-53175 Bonn
Telefon: +49 228 9506-210
Fax: +49 228 9506-222
E-Mail: jfe@jfemail.de
Internet: www.webforum-jugend.de

Verantwortlich: Hans-Georg Wicke

Redaktion: Dr. Helle Becker, Frank Peil

Texte:
Dr. Helle Becker, *Expertise & Kommunikation für Bildung, Essen*
Manfred v. Hebel, *Nationaler Experte in der Generaldirektion Bildung und Kultur in der Europäischen Kommission, Brüssel*
Jana Schröder, *Nationale Beobachtungs- und Koordinierungsstelle Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa – NaBuK, ein Projekt der AGJ*
Hans-Georg Wicke, *JUGEND für Europa*
Ulrike Wisser, *BBJ Consult*

Interviews: Dr. Helle Becker

Fotos: Jörg Heupel, Bonn; JUGEND für Europa;
Nil Yurdatap (S. 27)

Gestaltung: shetani.media | agentur für mediendesign

Druck: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

1. Auflage, Bonn im März 2007

Der Europäische Pakt für die Jugend -
Ein Pakt für die Jugend in Deutschland!

2006 veranstalteten JUGEND für Europa, damals Nationale Agentur für das EU-Aktionsprogramm JUGEND, die Nationale Beobachtungs- und Koordinierungsstelle Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa – NaBuK, ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, und BBJ Consult gemeinsam ein Forum zum Thema „Der Europäische Pakt für die Jugend – Ein Pakt für die Jugend in Deutschland!“, auf dem die Umsetzungsmöglichkeiten des Pakts erstmalig auf europäischer, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene diskutiert wurden. Diese Broschüre ist ein Ergebnis dieser Veranstaltung. Die eingestreuten Zitate entstammen den Protokollen der Arbeitsgruppen.

Das Copyright liegt bei der Herausgeberin. Soweit im Einzelfall nicht anders geregelt und soweit keine fremden Rechte betroffen sind, ist die Verbreitung der Inhalte dieser Publikation als Ganzes oder in Teilen davon in elektronischer und gedruckter Form für den außerschulischen und schulischen Bildungsbereich unter Angabe der Quelle erwünscht und kostenlos.

Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch die Herausgeberin ist eine kommerzielle Verbreitung der Inhalte dieser Publikation als Ganzes oder in Teilen ausdrücklich untersagt.

Diese Publikation wird aus Mitteln der Europäischen Union, Generaldirektion Bildung und Kultur, und des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.



Die Inhalte geben nicht notwendigerweise die Meinung und die Position der Europäischen Kommission oder des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wieder.

Inhaltsverzeichnis

5 Einführung

Kapitel 1: Der Europäische Pakt für die Jugend...

6 Post von den Staats- und Regierungschefs

8 Kleine Geschichte des Pakts

12 Der Europäische Pakt für die Jugend und die Lissabon-Strategie

16 Der Pakt macht Karriere

Kapitel 2: ... ein Pakt für die Jugend in Deutschland!

18 Der Pakt in Deutschland in der Diskussion

20 „Die Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft.“

Interview mit Gerd Hoofe, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

22 Der Pakt auf Bundesebene

24 Projektbeispiel: Die „2. Chance“. Aufgefangen im Netz

26 Projektbeispiel: Kompetenzen bündeln. Die Befähigungsinitiative

27 Der Pakt mit der Jugend in Nordrhein-Westfalen

Interview mit Dr. Andreas Meyer-Falcke, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW

30 Projektbeispiel: caminante - Perspektiven für Jugendliche auf dem Land

Kapitel 3: Erwartungen

32 Europäisches Jugendforum: Ein Pakt *mit* der Jugend!

33 Y.E.S. sagt „Ja“ zum Europäischen Pakt für die Jugend

34 „Es fehlt an einer ausreichenden Beteiligung der Zivilgesellschaft.“

Interview mit Ute Theisen, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings

35 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

36 „Eigentlich müsste von europäischer Ebene mehr Druck ausgeübt werden...“

Interview mit Hartmut Brombach, Referent für Freiwilligendienste beim Internationalen Bund e.V.

38 Plattform zur Verankerung des Europäischen Paktes für die Jugend in Deutschland



Einführung

Der Pakt

Der „Europäische Pakt für die Jugend“ hat in den fast drei Jahren seiner Existenz schon richtig Karriere gemacht. Das war nicht unbedingt zu erwarten. Immerhin liegen seine Wurzeln nur in einem Brief von vier Staats- und Regierungschefs an ihre Kolleginnen und Kollegen in der Europäischen Union. Dieser aber traf einen ‚Nerv‘ der künftigen Europapolitik.

Ausgangspunkt waren die unübersehbaren Anforderungen, vor denen die Europäische Union im Hinblick auf die Zukunft ihrer Bürgerinnen und Bürger, vor allem der jetzt jugendlichen, steht: Veränderte Lebenslagen, die demografische Entwicklung, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, ein vergleichsweise geringes Bildungsniveau – alles Befunde, die die ehrgeizigen Ziele, die im Jahr 2000 auf dem Gipfeltreffen die Staats- und Regierungschefs in Lissabon aufgestellt hatten, gefährden.

Die ‚Karriere‘ des Pakts gibt Anlass zur Hoffnung, dass auf europäischer wie nationaler Ebene die Notwendigkeit erkannt wurde, dass Politik, die das Leben und die Zukunft von Jugendlichen betrifft, an vielen Stellen gemacht wird. Und dass sich Politik, Zivilgesellschaft und die Jugend selbst dafür einsetzen müssen, gemeinsam eine zukunftsfähige Politik zu gestalten, bei der alle jugendpolitischen Akteure an einem Strang ziehen müssen.

Das Auf und Ab der öffentlichen Aufmerksamkeit aber, das der Pakt seit 2004 mitmacht, zeigt auch, dass eine echte einheitliche Strategie für seine Umsetzung noch fehlt. Oder zeigt es, dass man ihn nicht kennt? Dass er zu ungefähr ist, nicht fassbar?

Diese Publikation möchte ihn ein wenig prominenter machen. Sie will erläutern, was mit dem „Europäischen Pakt für die Jugend“ gemeint ist und wie man ihn verstehen kann. Damit die Idee, die er überschreibt, weiterhin Karriere macht: Durch gemeinsame Anstrengungen aller jugendpolitisch relevanten Stellen – Jugendorganisationen, Kinder- und Jugendhilfe und Bildung, Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Kultur, Expertinnen und Experten – die nachwachsende Generation und deren Zukunftspotential insgesamt stärker bei den politischen Prozessen zu berücksichtigen. Ziel ist es, die Zukunft von Jugendlichen in Europa, vor allem in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Beruf, nachhaltig zu verbessern und zu sichern.

Helle Becker



Kapitel 1: Der Europäische Pakt für die Jugend...

Post von den Staats- und Regierungschefs

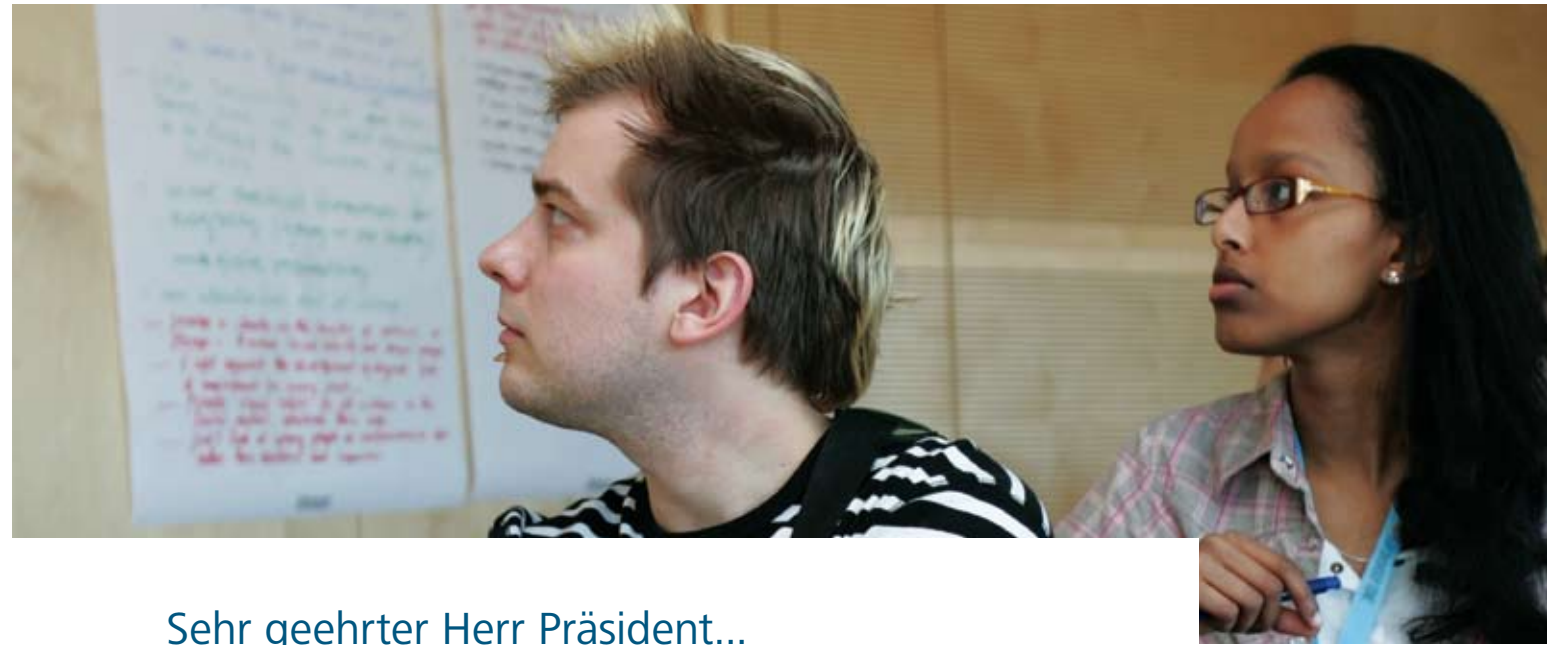
Ein gemeinsamer Brief der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Spanien und Schweden machte den Anfang: Die Politiker waren der Meinung, dass die Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ganz oben auf die Agenda der Politik der Europäischen Union gehören.

In ihrem Schreiben vom 29. Oktober 2004 setzten sich die Staats- und Regierungschefs beim damals amtierenden Ratspräsidenten Jan Peter Balkenende für einen „Europäischen Pakt für die Jugend“ ein. Ihr vorrangiges Anliegen waren Maßnahmen gegen das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und der Überalterung der Gesellschaften in Europa. Sie schlugen ihren Amtskolleginnen und -kollegen vor:

- allen Jugendlichen in Europa die Möglichkeit zum Erfolg an die Hand zu geben, indem das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten der jungen Menschen bei der sozialen und beruflichen Eingliederung wirksamer angegangen werden;
- ein stärkeres Zusammenspiel von EU-weiten Programmen herzustellen, die die Lage der Jugendlichen betreffen oder berühren (Ausbildung, Forschung, Erziehung, Ermutigung zum Unternehmergeist, Mobilität, Kultur usw.);
- neue Maßnahmen zur Unterstützung der Bevölkerungsentwicklung in Europa zu treffen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, persönlicher Entwicklung und Familie herbeizuführen.

Die Initiative fand schon einen Monat später die Resonanz des Europäischen Rates. Jan Peter Balkenende sagte damals wörtlich: *„The recipe is: education, knowledge, innovation. And a serious increase in the number of people in the workforce. That will require drastic reforms“*. („Das Rezept ist: Bildung, Wissen, Innovation. Und eine ernst zu nehmende Steigerung der Erwerbstätigen. Das verlangt drastische Reformen.“)

Helle Becker



Sehr geehrter Herr Präsident...

das Ziel, das wir vor vier Jahren gemeinsam in Lissabon festgelegt haben, nämlich die Errichtung einer wissensbasierten, wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft, ist nach wie vor von größter Aktualität. Es ist ein wesentlicher Schritt, um die ehrgeizigen Ziele voranzubringen (...): nachhaltige Entwicklung, gegründet auf einem ausgeglichenen Wachstum, Streben nach Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt.

In diesem Zusammenhang bedeutet der Einsatz für die Jugend eine wichtige Weichenstellung, weil darin das Vertrauen in die Zukunft zum Ausdruck kommt, der Wille zur Veränderung, die Überzeugung, dass das europäische Modell seine ganze Kraft erhalten kann und muss. (...)

(Es ist) nunmehr unsere Aufgabe, der Lage der Jüngeren in unseren Gesellschaften unsere volle Aufmerksamkeit zu schenken:

- die jungen Menschen sind heute oft in einer höchst prekären Lage: stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, häufiger in der Situation, ein niedriges Einkommen zu beziehen und eher der Ungewissheit und der Armut ausgesetzt;
- auf europäischer Ebene wird die Zahl der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren sinken; unsere Wachstumsziele stützen sich aber darauf, dass ein Zustrom besser ausgebildeter junger Menschen unsere Gesellschaften dynamisiert.

(...)

Uns geht es darum, gemeinsam einen neuen „Europäischen Pakt für die Jugend“ zu erarbeiten, der sich an folgenden Überlegungen orientiert:

- allen Jugendlichen in Europa die Möglichkeit zum Erfolg an die Hand geben, indem das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten der jungen Menschen bei der sozialen und beruflichen Eingliederung wirksamer angegangen werden; eine stärkere Kohärenz der unionsweiten Maßnahmen bewirken, die die Lage der Jugendlichen betreffen oder berühren (Ausbildung, Forschung, Erziehung, Ermutigung zum Unternehmergeist, Mobilität, Kultur usw.);
- neue Maßnahmen zur Unterstützung der Bevölkerungsentwicklung in Europa treffen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, persönlicher Entwicklung und Familie herbeiführen, damit insbesondere Paare die Möglichkeit besitzen, so viele Kinder zu bekommen wie sie wünschen.

(...) Wir übersenden allen Mitgliedern des Europäischen Rates eine Kopie dieses Schreibens.

Ein europäischer Pakt für die Jugend. Gemeinsamer Brief von Bundeskanzler Gerhard Schröder, dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, dem spanischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero und dem schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson
→ www.jugendpolitikineuropa.de/europazusammen/pakt/news-94.html



„Es muss klar herausgestellt werden, dass die Jugend die Zukunft der Gesellschaft ist und dementsprechend muss die Jugendarbeit auch politisch wertgeschätzt werden.“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Forums „Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“

Kleine Geschichte des Pakts

Der Europäische Pakt für die Jugend ist kein Vertrag, keine Richtlinie, kein Förderprogramm. Er geht zurück auf eine Initiative von vier europäischen Staats- und Regierungschefs und ist nunmehr Teil der erneuerten Lissabon-Strategie. Ihm gingen verschiedene, jugendpolitisch relevante Entwicklungen voraus.

Eine jugendpolitische Geschichte

Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa hat sich seit den 1990er Jahren auf einer schmalen rechtlichen Basis entwickelt. Sah der Amsterdamer Vertrag für die Europäische Gemeinschaft lediglich die Aufgabe vor, Jugendaustausch und den Austausch ihrer Betreuerinnen und Betreuer zu fördern, gingen jugendpolitische Aktionsprogramme in dem, was sie fördern, zunehmend über reine Austauschmaßnahmen hinaus.

Zusätzlich beschrieb die EU-Kommission 2001 mit dem Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ einen neuen Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit. Die für Jugend zuständigen EU-Ministerinnen und Minister machten 2002 in einer EntschlieÙung deutlich, dass sie die Haltung der Kommission, wonach es einer stärkeren Zusammenarbeit im Jugendbereich braucht, teilen.

Das erste Element des Weißbuchs ist die Forderung nach verstärkter Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen in anderen Politikbereichen, und zwar sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch auf der der Mitgliedstaaten. Fünf Themenbereiche werden für diesen so genannten Querschnittsansatz als vorrangige genannt: Bildung, lebenslanges Lernen, Mobilität - Beschäftigung - soziale Integration - Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit - Autonomie der Jugendlichen.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“, Brüssel, den 21.11.2001

→ http://ec.europa.eu/youth/youth-policies/doc26_en.htm



Die Offene Methode der Koordinierung

Das zweite wichtige Element des Weißbuchs ist die Anwendung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK). Die OMK dient der Zusammenarbeit in Politikfeldern, die eigentlich den Mitgliedstaaten obliegen. Mit diesem Instrument kann die Europäische Gemeinschaft auch außerhalb ihrer legislativen Kompetenzen politisch tätig werden. Gearbeitet wird mit Empfehlungen und Leitlinien, manchmal unterstützt durch Aktionspläne und einer Berichterstattung der Mitgliedstaaten. Diese Fortschrittsberichte werden regelmäßig bewertet und in einem Synthesebericht der EU-Kommission zusammengeführt. Hierbei werden bewährte Praktiken identifiziert und neue Ziele auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen festgesetzt.

Im Rahmen des OMK-Prozesses geht es vor allem um vier jugendspezifische Themen: Partizipation, Information, Freiwilliges Engagement und Mehr Wissen über die Jugend. Jugendministerrat und Kommission betonen dabei die Einbeziehung der Jugend, ihrer Verbände und der Organisationen, die mit ihnen arbeiten. Im Oktober 2004 zogen die EU-Kommission und die EU-Jugendministerinnen und -minister jedoch die Bilanz, dass eine stärkere Mitwirkung Jugendlicher auf nationaler und europäischer Ebene im Rahmen eines fortlaufenden und strukturierten Prozesses erfolgen sollte.

Dieser „strukturierte Dialog“ mit jungen Menschen und ihren Interessensvertretern sieht unter anderem „Jugendevents“ auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene vor, auf denen für sie relevante Themen diskutiert werden. Die Schlussfolgerungen richten sich an die jeweilige Ratspräsidentschaft und fließen in die jährliche Jugendwoche der EU-Kommission ein. Die Impulse sollen auf die jeweils folgende Ratspräsidentschaft und die EU-Politik insgesamt wirken.

Jugend wird zum Top-Thema

Während die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa voranschritt, wurden jugendrelevante Themen auch an anderer Stelle diskutiert. Im März 2000 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU bei einem Sondergipfel in Lissabon darauf geeinigt, die Europäische Union bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen – „der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen“, und der gleichzeitig dem Umweltschutz verpflichtet ist. Das ist die so genannte Lissabon-Strategie.

Mitteilung der Kommission vom 30. Mai 2004 über europäische Politiken im Jugendbereich - Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen
- Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft.

Infos zur OMK:
→ www.jugendpolitikineuropa.de/europazusammen/omk/



Im Jahr 2004 ließ der Zwischenbericht für die Lissabon-Strategie unter Federführung des ehemaligen niederländischen Premierministers Wim Kok keinen Zweifel daran, dass die ehrgeizigen Lissabon-Ziele nicht zu erreichen sind. Der Kok-Bericht forderte verstärkte und besser koordinierte Reformanstrengungen sowie eine teilweise Neuausrichtung der Strategie. In diese Diskussion schickten Chirac, Zapatero, Persson und Schröder ihren Brief, in dem sie einen „Europäischen Pakt für die Jugend“ vorschlugen, der der Jugend im Rahmen der Lissabon-Strategie mehr Bedeutung beimessen und die Möglichkeiten junger Menschen bei der sozialen und beruflichen Integration verbessern sollte.

Auf ihrem Gipfeltreffen im März 2005 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU den Europäischen Pakt für die Jugend als Teil der erneuerten Lissabon-Strategie.

Danach sollen die nationalen Reformprogramme die jugendpolitischen Handlungsfelder
 a) Beschäftigung, Integration, sozialer Aufstieg
 b) allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität
 c) Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben einbeziehen.

Ambitioniert

Der Pakt soll mit Hilfe messbarer Ziele umgesetzt werden. Auf seinem Gipfeltreffen im März 2006 einigte sich der Europäische Rat darauf,

- bis 2010 die Schulabbrecherquote auf jeweils 10% zu senken,
- bis 2010 mindestens 85% der 22jährigen einen weiterführenden Schulabschluss ermöglicht zu haben und
- bis Ende 2007 jedem arbeitslosen Schulabgänger innerhalb von sechs Monaten eine Arbeitsstelle, eine Lehrstelle, eine Weiterbildung oder eine andere berufsvorbereitende Maßnahme anzubieten; diese Frist soll bis 2010 nur noch höchstens vier Monate betragen.

Der Dialog mit Jugendlichen und ihren Organisationen wird als Voraussetzung für das Gelingen jugendpolitischer Zusammenarbeit in Europa gewertet. Die Jugendministerinnen und -minister wollen den Erfolg dieser jugendpolitischen Zusammenarbeit im Jahr 2009 überprüfen.

Gibt es schon Erfolge?

Einige Mitgliedstaaten beziehen sich in ihren Nationalen Reformprogrammen bereits explizit auf den Europäischen Pakt für die Jugend. Schon in ihrem Fortschrittsbericht 2005 beschrieb die deutsche Bundesregierung die Situation von Jugendlichen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt

Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, November 2004

→ www.jugendpolitikeneuropa.de/themen/bildung/news-97.html

Tagung des Europäischen Rates - Brüssel 22./23. März 2005: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Brüssel, den 23. März 2005

→ www.jugendpolitikeneuropa.de/europazusammen/pakt/news-163.html

Europäischer Rat - Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Brüssel, 24. März 2006

→ www.jugendpolitikeneuropa.de/europazusammen/pakt/news-269.html



und vermeldete Erfolge bei der Vermittlung junger Menschen in Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit.

Verwiesen wurde im Bericht auch auf das Prinzip des „Förderns und Forderns“, auf den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ und auf das bundesweite Modellprogramm „Kompetenzagenturen“, das der beruflichen und sozialen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher an sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen ländlichen Regionen dient.

Die Kommission bescheinigte Deutschland klare und ambitionierte Ziele für die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt, erwartete jedoch mehr Klarheit über die Umsetzungsstrategien, die finanziellen und administrativen Möglichkeiten. So regte die Kommission verstärkte Kooperationen mit Sozialpartnern, Bundesländern und Kommunen an.

Perspektiven

Eine Erwartung hat sich schon erfüllt: Durch die inhaltliche Anbindung der Pakt-Schwerpunkte an die europäische Beschäftigungsstrategie und die Strategie zur sozialen Eingliederung wurden die Nutzungsmöglichkeiten des Europäischen Strukturfonds erweitert.

Der Pakt kann als politischer Rückenwind nutzbar gemacht werden für Maßnahmen, die nachhaltige Querverbindungen herstellen zwischen den Ressorts Bildung, Beschäftigung, soziale Integration, Mobilität und Familienpolitik.

Damit ist er kein schickes neues 'EU-Label', sondern bietet Möglichkeiten für genau das, was die Kinder- und Jugendhilfe seit langem fordert: Querschnittspolitik, ganzheitliche Ansätze, gemeinsames Gestalten. Mit der politischen Anerkennung und Unterstützung der höchsten europäischen Ebene können öffentliche und freie Träger für Kommunen, Regionen und den Bund sowie auf ebenenübergreifende Weise gemeinsam Strategien finden, welche die soziale und berufliche Integration junger Menschen unterstützen.

Jana Schröder

Nationales Reformprogramm
Deutschland „Innovation fördern – Sicherheit im Wandel vollenden“, 7. Dezember 2005
→ www.jugendpolitikineuropa.de/themen/bildung/news-262.html



Der Europäische Pakt für die Jugend und die Lissabon-Strategie

Nachdem die Staats- und Regierungschefs der EU im März 2005 beschlossen hatten, dass der Pakt für die Jugend ein Teil der Lissabon-Strategie wird, waren die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich insbesondere im Rahmen ihrer Beschäftigungs- und Eingliederungspolitik auf seine Umsetzung zu konzentrieren. So sind die Ziele des Paktes unmittelbar in die Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung eingeflossen:

- Durch die Förderung eines lebenszyklusbasierten Ansatzes in der Beschäftigungspolitik soll die Integration Jugendlicher in Beschäftigung verbessert werden und Jugendarbeitslosigkeit abgebaut werden (Integrierte Leitlinie 18).
- Die bessere Integration Arbeitsuchender und benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt soll durch aktive und präventive Maßnahmen, die Früherkennung von Bedürfnissen, personalisierte Aktionspläne sowie durch Armutsbeseitigung erfolgen (Integrierte Leitlinien 19).
- Die Investitionen in Potentiale von Bürgerinnen und Bürgern sollen u.a. durch wirksame Strategien des lebenslangen Lernens, bessere Bildungszugänge sowie durch die Reduzierung der Anzahl frühzeitiger Schulabgänger/innen optimiert werden (Integrierte Leitlinie 23).
- Zur besseren Ausrichtung der Bildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen sollen berufliche Erfordernisse und Schlüsselkompetenzen besser definiert und die Anerkennung des nicht-formalen und informellen Lernens weiter entwickelt werden (Integrierte Leitlinie 24).

Nationale Reformprogramme

Entlang dieser Leitlinien erarbeiteten die Mitgliedstaaten im Herbst 2005 erstmalig Nationale Reformprogramme. Die Ergebnisse in Bezug auf die Einführung des Paktes waren in den meisten Mitgliedstaaten ermutigend. Viele Mitgliedstaaten hatten in

Empfehlung der Kommission zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft. Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (2005-2008)



ihren nationalen Reformprogrammen ausdrücklich Bezug auf den Pakt genommen. Allerdings wurde auch deutlich, dass weitere dringende Maßnahmen erforderlich waren, um den Zugang junger Menschen zum Arbeitsmarkt entscheidend zu erleichtern.

Dieser Einschätzung der Kommission schloss sich im März 2006 der Europäische Rat an.

Er betonte, dass bis 2010 mehr unternommen werden sollte, um den Anteil der Schulabbrecher auf 10 % zu senken und mindestens 85 % der 22-Jährigen in der EU eine Ausbildung im Sekundarbereich II absolviert haben. Bis Ende 2007 sollte jedem arbeitslosen Schulabgänger innerhalb von sechs Monaten ein Integrationsangebot gemacht werden; diese Frist sollte bis 2010 nur noch höchstens vier Monate betragen.

Die zweite Runde

Im Oktober 2006 legte jeder Mitgliedstaat auf dieser Grundlage zum zweiten Mal einen Fortschrittsbericht vor. Für Deutschland kam die Kommission dieses Mal zu dem Schluss, dass im Hinblick auf die ökonomischen Herausforderungen bislang gute Fortschritte gemacht wurden, im Bereich Beschäftigung das Land allerdings langsamer voran schritt. Im Bezug auf den Pakt für die Jugend wurden einige Fortschritte z.B. in der sektor-übergreifenden Zusammenarbeit gemacht. Die Bundesregierung hatte die Maßnahmen zur dauerhaften Eingliederung junger Menschen verbessert. Die Bedeutung der individuellen Beratung und Begleitung der Integration von Jugendlichen wurde im Bericht hervorgehoben. Mehr Aufmerksamkeit wurde der Integration junger Migrantinnen und Migranten durch den angekündigten Nationalen Integrationsplan gewidmet, um vor allem deren schulische Ausbildung und berufliche Qualifikation zu verbessern.

Die größte Schwierigkeit blieb die Effektivität der Arbeitsagenturen bei der Integration langzeitarbeitsloser Menschen. Das sich von Deutschland selbst gesetzte Ziel, dass kein junger Mensch länger als drei Monate arbeitslos sein sollte, wurde verfehlt. Außerdem überstieg und übersteigt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen das Angebot nach wie vor bei weitem. Im Bildungsbereich, so die Kommission, müssten mehr Anstrengungen unternommen werden, um die ausgeprägte Diskrepanz zwischen sozialer Herkunft und erfolgreicher schulischer Laufbahn zu über-

Europäischer Rat, 23./24. März
2006: Schlussfolgerungen des
Vorsitzes
→ http://europa.eu/european_council/conclusions/index_de.htm



winden. Abschließend empfahl die Kommission Deutschland, gering qualifizierte Arbeitskräfte besser in den Arbeitsmarkt einzugliedern und effektivere Arbeitsvermittlungen für Langzeitarbeitslose und junge Arbeitslose einzurichten.

Vier Kernbotschaften

Der Rat der Europäischen Jugendministerinnen und -minister schloss sich im Februar 2007 im Wesentlichen der Einschätzung der Kommission an und betonte, dass die in den Bildungssystemen vermittelten Kenntnisse oft schlecht auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes abgestimmt sind und sich Jugendliche in vielen Fällen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wieder finden.

Auf dieser Grundlage verabschiedete der Ministerrat vier Kernbotschaften:

- Besonderes Augenmerk sollte auf Jugendliche im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beschäftigung gerichtet werden.
- Lokale und regionale Strategien zur Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend könnten wesentlich dazu beitragen, dass hochwertige Maßnahmen für eine bessere soziale und berufliche Eingliederung ergriffen werden.
- Mithilfe von maßgeschneiderten Maßnahmen sollten allen Jugendlichen die gleichen Chancen auf soziale und berufliche Eingliederung geboten werden.
- Um die soziale und berufliche Eingliederung junger Menschen zu verbessern, bedürfe es bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie einer sichtbaren Jugenddimension.

Rat der Europäischen Union:
Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007
→ www.jugendpolitikeneuropa.de/europzusammen/pakt/news-269.html



Fazit

In Deutschland sind Ansätze einer intensiveren Zusammenarbeit der Bereiche allgemeine und berufliche Bildung sowie Beschäftigung und soziale Eingliederung erkennbar. Unklar bleibt allerdings, ob und in welchem Umfang Jugendliche, Jugendorganisationen und -verbände in die Gestaltung und Umsetzung von paktgemäßen Maßnahmen einbezogen worden sind. Das wäre für die weitere und konsequente Fortführung des Paktes von hoher Bedeutung.

Deshalb wies der Rat erneut zu Recht auf die notwendige Kohärenz hin, die zwischen den unterschiedlichen jugend-, bildungspolitischen und beschäftigungspolitischen Programmen vor allem auf der lokalen Ebene hergestellt werden muss.

Manfred von Hebel



„Die Dinge brauchen einfach Zeit, den Pakt gibt's als Idee erst anderthalb Jahre, wir müssen der Sache Zeit geben.“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Forums „Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“

Der Pakt macht Karriere

Zwar erfuhr der „Europäische Pakt für die Jugend“ im Laufe der politischen Diskussionen auf europäischer Ebene unterschiedliche Aufmerksamkeit. Seitdem er jedoch Teil der Lissabon-Strategie geworden ist, hat Europäische Jugendpolitik insgesamt einen neuen Stellenwert auf der politischen Agenda der Europäischen Union erhalten. Sie beschränkt sich nicht länger auf die „Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer“, wie es im Vertrag von Nizza in Artikel 149 heißt.

So veröffentlichte im April 2007 das Bureau of European Policy Advisors (BEPA) eine umfassende Analyse zur Situation von Jugendlichen in Europa und machte Empfehlungen für eine entsprechende Politikgestaltung. Das Papier verstärkt die Ansätze des „Europäischen Pakts für die Jugend“ und der „Offenen Methode der Koordinierung“. Es fordert frühere Investitionen in Kinder und Jugendliche statt nachsorgender Maßnahmen, die Kombination von sozialen und ökonomischen Zielen, einen jugendpolitischen Ansatz, der verschiedene Politikbereiche verbindet, sowie mehr Informationen, um politische Entscheidungen besser zu untermauern. Da das BEPA direkt dem Kommissions-Präsidenten unterstellt ist, wurde das Papier als wichtiges Signal gewertet, dass jugendpolitische Themen inzwischen an 'höchster Stelle der Kommission' angekommen sind.


In einer Entschließung „Gleiche Chancen und uneingeschränkte gesellschaftliche Beteiligung für alle jungen Menschen“ beschloss der am 24. und 25. Mai 2007 tagende Rat der europäischen Jugendminister und Jugendministerinnen konkrete Maßnahmen. In sehr deutlicher Sprache und detailliert wurden politische Strategien und Maßnahmen gegen die Bedingungen gefordert, welche die „Partizipation von Jugendlichen an der Gesellschaft verhindern, ihre Möglichkeiten zur Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte einschränken und im flagranten Widerspruch zum Grundsatz der Chancengleichheit stehen.“

Unter „gleichen Chancen der gesellschaftliche Beteiligung“ verstand der Rat „das Recht auf Zugang zu einer hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung, Wohnraum, angemessenen Arbeitsbedingungen und zu allen einschlägigen Bereichen des sozialen Sicherungs- und/

Investing in youth: an empowerment strategy. Leanda Barrington-Leach, Marcel Canoy, Agnès Hubert, Frédéric Lerais, Bureau of European Policy Advisers (BEPA), April 2007

Entschließung des Rates der Europäischen Union „Bildung, Jugend und Kultur“: Gleiche Chancen und uneingeschränkte gesellschaftliche Beteiligung für alle jungen Menschen, Brüssel, den 24./25. Mai 2007

→ www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/pakt/news-397.html



oder Beschäftigungssystems (...) und das Recht auf Mitwirkung an den die Jugend betreffenden sozialen und politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen und nicht zuletzt das Recht auf eine gesunde Lebensweise und ein selbstbestimmtes Leben mit Freizeit, in der sie ihren eigenen Interessen nachgehen können.“

Nachdem die Europäische Kommission im September 2007 nach Konsultation des Europäischen Jugendforums in einer Mitteilung die Umsetzung der Ziele des Pakts erneut angemahnt hatte, verschärften auch die EU-Jugendministerinnen und -minister den Ton. Sie forderten ein übergreifendes und verbindliches Konzept für die Jugendpolitik. Bestandteil dieser erneuerten Strategie, so beschlossen sie, solle ein EU-Jugendbericht sein, der auf der Grundlage einer regelmäßigen Berichterstattung der Mitgliedstaaten und unter Mitwirkung junger Menschen alle drei Jahre, erstmals 2009, erarbeitet werden soll.

Fortsetzung folgt also...

Helle Becker

Schlussfolgerungen des Rates „Bildung, Jugend und Kultur“ zu den Zukunftsperspektiven für eine jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa, Brüssel, 24./25. Mai 2007

Mitteilung der Kommission: Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft, Brüssel, 05. September 2007
→ www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-424.html

Schlussfolgerungen des Rates „Bildung, Jugend und Kultur“: Zu einem übergreifenden Konzept für die Jugendpolitik, das den Jugendlichen die Möglichkeit zur Ausschöpfung ihres Potenzials und zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft bieten soll, Brüssel, 31. Oktober 2007
→ www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-438.html



Kapitel 2: ... ein Pakt für die Jugend in Deutschland!

„Die erforderliche interministerielle Initiative des Bundes zur Umsetzung des Paktes Jugend ist nicht erkennbar und geeignete Einstiege für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen werden nicht aufgezeigt.“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Forums „Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“

Der Pakt in Deutschland in der Diskussion

Der Europäische Pakt für die Jugend war im Juni 2006 Gegenstand einer Großen Anfrage im Bundestag zur Situation der Jugendlichen in Deutschland, ihren „Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit“. Die Bundesregierung antwortete schriftlich am 23. März 2007. Im Folgenden einige Ausschnitte.

Frage 66: Wie beabsichtigt die Bundesregierung die Anerkennung politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements im formalen Bildungssektor, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft allgemein zu verbessern, wie es der Europäische Pakt für die Jugend fordert?

Antwort (Ausschnitt): Die Bundesregierung entwickelt gemeinsam mit der Deutschen Nationalagentur Jugend für Europa derzeit im Auftrag der Europäischen Kommission Instrumente zur Bescheinigung und Zertifizierung nicht formaler Lernerfahrungen im Rahmen des Programms JUGEND IN AKTION. Diese Bescheinigungen (Bezeichnung „Youth Pass“) sollen einen aussagekräftigen Teilnahmenachweis darstellen. Dies stellt einen wichtigen Schritt dar, um den teilnehmenden Jugendlichen und Jugendarbeiterinnen und -arbeitern eine breit akzeptierte Form der Anerkennung dessen zu verschaffen, was sie in den Projekten gelernt und geleistet haben. (...)

Frage 211: Welche Initiativen plant die Bundesregierung, um die im „Europäischen Pakt für die Jugend“ empfohlene Aufnahme einer jugendpolitischen Dimension in andere Politikfelder zu gewährleisten?

- Welche Einrichtung ist mit der nationalen Umsetzung des Paktes betraut?
- Was plant die Bundesregierung, um Jugendliche bzw. Jugendverbände und -organisationen an der Umsetzung des Paktes zu beteiligen?
- Welche Mittel aus welchen Quellen stehen der Bundesregierung zur Umsetzung des Paktes für welchen Zeitraum zur Verfügung?

Antwort zu Frage 211a, b, c (Ausschnitt)

Die Bundesregierung hat die Verabschiedung des Europäischen Jugendpaktes durch den Europäischen Rat im Frühjahr 2005 zum Anlass genommen, die Zusammenarbeit zwischen den Fachressorts in allen



Bereichen, die junge Menschen betreffen, noch weiter zu intensivieren. Sie erstellt auf Basis dieses Informationsaustauschs laufend eine Übersicht in Bezug auf neue Initiativen und Aktivitäten der Fachressorts zur Pakt-Implementierung in Deutschland und plant darüber hinaus die Einrichtung einer sektorübergreifenden Begleitgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Stellen zur Umsetzung des Jugendpakts. (...)

Antwort zu Frage 211a

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend koordiniert und begleitet im Rahmen seiner Zuständigkeit und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Bundesressorts, Bundesländern und Gemeinden, Jugendverbänden und Jugendlichen selbst die Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugendlichen in Deutschland. Die Implementierung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern, Gemeinden sowie von nichtstaatlichen Organisationen, wie z. B. den Jugendorganisationen, und nicht zuletzt eine Möglichkeit der Wirtschaft, in junge Menschen zu investieren.

Antwort zu Frage Nr. 211b

Die Bundesregierung informiert über den Jugendpakt via Internet und andere Medien aber auch mittels Direktansprache, sie qualifiziert Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und fördert Konferenzen für haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte der Jugendhilfe/-arbeit. Jugendverbände, Schüler- und Studentenvertretungen ebenso wie nicht organisierte junge Menschen sind auch künftig in vielfältiger Weise an der Erörterung, Planung und Umsetzung von Schwerpunktthemen des Jugendpakts beteiligt. So räumt die Bundesregierung Beteiligungsmöglichkeiten schon im Vorfeld jugendpolitisch relevanter Entscheidungen ein (z. B. durch die Möglichkeit der Abgabe und Berücksichtigung von Stellungnahmen von Jugendlichen, die Ermöglichung von Jugendpräsenz und Jugendteilnahme in diversen Beratungsgremien, in speziellen Jugendforen, auch in Auswahlkomitees, oder durch die Förderung von Initiativen zur Umsetzung des Pakts in Deutschland über das Programm „JUGEND“ und über „JUGEND IN AKTION“).

Antwort zu Frage 211c (Ausschnitt)

Der Europäische Pakt für die Jugend hat keine neuen Finanzierungsinstrumente geschaffen. Der Europäische Rat empfahl jedoch den Mitgliedsstaaten die bestehenden Fördermöglichkeiten aus den Europäischen Strukturfonds, insbesondere den Europäischen Sozialfonds (ESF) noch stärker als bisher für Kinder- und Jugendbelange zu nutzen. (...)

Darüber hinaus werden EU-Gemeinschaftsinstrumente wie z. B. das neue EU-Programm JUGEND IN AKTION und „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ Beiträge dazu leisten, dass die Ziele des Europäischen Jugendpakts erreicht werden.

Quelle: Jugendliche in Deutschland: Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/1554 – Deutscher Bundestag Drucksache 16/481



„Die Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft.“

Interview mit Gerd Hoofe, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frage: Herr Staatssekretär, was tut die Bundesregierung, um den Europäischen Pakt für die Jugend umzusetzen?

Antwort: Wir haben eine ganze Reihe von Beispielen, wie wir den Europäischen Jugendpakt auf Bundesebene umsetzen. Erst vor kurzem haben wir einen Katalog mit 42 Projekten des Bundesfamilienministeriums und der anderen Ressorts auf der Homepage unseres Ministeriums veröffentlicht. Hier wird sehr deutlich, wie die Bundesregierung die soziale und berufliche Integration junger Menschen fördert. Unser Ziel ist es, allen jungen Menschen eine fundierte Bildung und Ausbildung und einen guten Berufsstart zu ermöglichen. Dabei unterstützen wir besonders Jugendliche mit schlechteren Ausgangschancen. Diese jungen Menschen haben mit sehr unterschiedlichen Problemen zu kämpfen. Vorgestanzte Angebote bringen hier wenig. Statt dessen brauchen wir eine passgenaue und individuelle Integration in den Arbeitsmarkt und das Berufsleben, bei denen die Jugendlichen aktiv mit einbezogen werden. Mit unseren durch den Europäischen Sozialfonds geförderten „Kompetenzagenturen“ sind wir hier auf einem sehr erfolgreichen Weg.

Frage: Die Lissabon-Strategie für Beschäftigung und Wachstum in Europa verfolgt auch jugendpolitische Ziele – aber muss hier nicht noch mehr passieren?

Antwort: Unbedingt. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ging in den vergangenen Jahren leider oft an den jungen Menschen vorbei. Die Folge: Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Europa doppelt so hoch wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei der Arbeitslosigkeit unter dem EU-Durchschnitt. Das ist zum großen Teil unserem dualen Ausbildungssystem zu verdanken. Die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland ist bereits 2006 um 1,7 Prozentpunkte gesunken und wird in diesem Jahr noch stärker zurückgehen. Mit dem Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs haben wir erreicht, dass die deutsche Wirtschaft bis 2010 im Durchschnitt pro Jahr 60.000 neue Ausbildungsplätze und 30.000 neue Ausbildungsbetriebe einwirbt und 40.000 Plätze für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifizierungen bereit stellt.

Die Lissabon-Strategie formuliert aber auch Bildungsziele und soll den sozialen Zusammenhalt stärken. Hier setzt unser Modellprogramm „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ an, das lokale Initiativen in sozialen Brennpunkten fördert. Bislang konnten wir rund 12.000 Projekte mit mehr

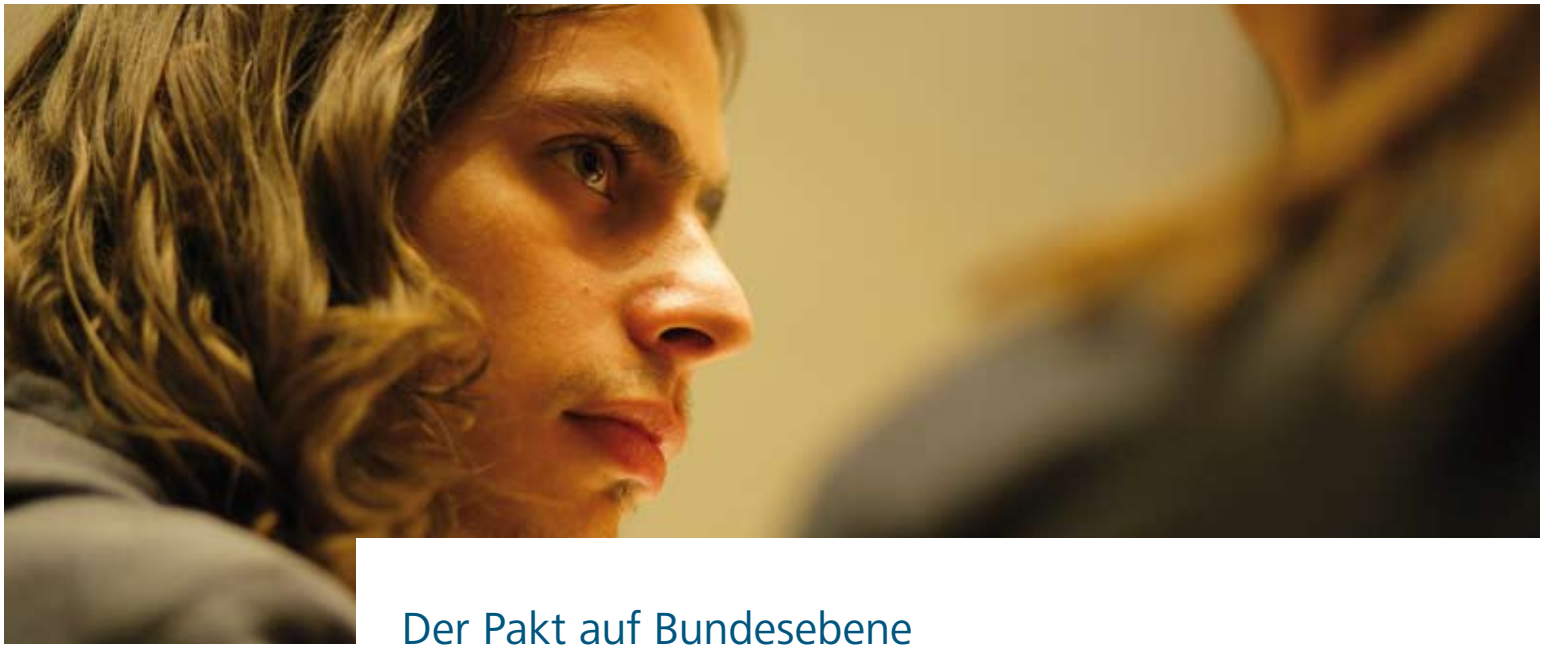


als 333.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchführen. Ein anderes Beispiel ist das ebenfalls durch den Europäischen Sozialfonds mit finanzierte Programm „Schulverweigerung – Die zweite Chance“. Damit wollen wir auch hartnäckigen Schulverweigerern den Weg zurück zu einer soliden Ausbildung ebnen und ihre Zukunftschancen wahren. Die Lissabonner Strategie verfolgt den so genannten Lebenszyklusansatz, der auch maßgeblich für die jugendpolitischen Grundsätze und Ziele der Bundesregierung ist: Wir müssen mit der Bildung früh anfangen, wir müssen qualitativ hochwertige Angebote machen und wir dürfen keinen jungen Menschen auf dem Weg zu einer fundierten Bildung und Ausbildung allein lassen. Wir haben schon gute Fortschritte bei der frühkindlichen Bildung und frühen Förderung gemacht. Und wir haben Zeichen bei der Anerkennung von nicht formal erworbener Bildung gesetzt, zum Beispiel mit den „Nachweisen International“ oder dem „Youthpass“ im Programm „JUGEND IN AKTION“.

Frage: Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft hat vorgeschlagen, dass der Jugendrat – also die europäischen Jugendministerinnen und -minister – kontinuierlich beurteilen soll, wie der Jugendpakt national und europäisch umgesetzt wird. Was halten Sie davon?

Antwort: Ich teile die Ansicht, dass wir die Umsetzung des Europäischen Jugendpaktes verbessern müssen. Vor allem was die lokale und regionale Handlungsebene – also direkt bei den jungen Leuten vor Ort – angeht, sind wir noch nicht da, wo wir sein müssen. Das haben wir uns als Teampräsidentschaft gemeinsam mit Portugal und Slowenien vorgenommen. Dass es für das vorgeschlagene Monitoring-Verfahren einen europäischen Konsens gibt, bezweifle ich allerdings. Dazu haben wir in den 27 Mitgliedstaaten zu unterschiedliche jugendpolitische Konzepte und Strukturen. Zwar setzen sich in allen Mitgliedsländern die jugendpolitischen Akteure dafür ein, die Situation von Kindern und Jugendlichen und deren Familien nachhaltig zu verbessern, trotzdem gehen nicht alle 27 EU-Mitgliedstaaten in ihren nationalen Berichten auf den Jugendpakt ein. Aus deutscher und europäischer Sicht ist es deshalb erklärtes Ziel, die Förderung von Jugendlichen als Querschnittsfrage auf nationaler und europäischer Ebene angemessener zu verankern. Es ist eine Herausforderung, die drängenden Probleme und damit verbunden auch die Lösungsansätze, die ja existieren, kompakt, transparent und aussagekräftig darzustellen.

Welche Instrumente sind geeignet? Kann zum Beispiel – das wurde im Rahmen unserer EU-Präsidentschaft mit angestoßen – ein europäischer Jugendbericht ein kluges Instrument für eine wirkungsvolle Politik sein? Hier sehe ich spannende Diskussionen auf uns zukommen. Darüber hinaus – und auch das ist ein konkretes Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft – kann ein europäischer Austausch für erfolgreiche lokale und regionale Praxis im Sinne des europäischen Jugendpaktes sehr effektiv sein. Die Möglichkeiten, die Europa hier bietet, sind noch nicht ausgeschöpft.



Der Pakt auf Bundesebene

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in einer Broschüre alle Maßnahmen der Bundesregierung aufgelistet, die auf der Bundesebene der Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend in Deutschland dienen sollen. Hier einige Beispiele:

Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Stabilisierung und Aufwertung belasteter Stadtquartiere, Verbesserung der Lebensbedingungen der Quartiersbewohner, u. a. Jugendliche

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

www.sozialestadt.de/

ESF-Programm Kompetenzagenturen

Bessere regionale Versorgung Jugendlicher mit betrieblichen Ausbildungsplätzen durch die Gewinnung von Betrieben

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.kompetenzagenturen.de

Jugend gründet

Schülerwettbewerb (Businessplan und Planspiel), bei dem spielerisch alle Phasen einer Unternehmensgründung nachgespielt werden

Bundesministerium für Bildung und Forschung

www.jugend-gruendet.de

Jobstarter

Bessere regionale Versorgung Jugendlicher mit betrieblichen Ausbildungsplätzen durch die Gewinnung von Betrieben

Bundesministerium für Bildung und Forschung

www.jobstarter.de

ESF-Programm Neue Wege für Jungs

Vernetzungsprojekt zur jungengerechten Berufs- und Lebensplanung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.neue-wege-fuer-jungs.de



ESF-Programm „Schulverweigerung – Die zweite Chance“

Reintegration von schulverweigernden Jugendlichen in das Regelschulsystem und Erhöhung ihrer Chancen auf einen Schulabschluss

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.zweite-chance.eu

Einstiegsqualifizierung Jugendlicher

Die bisher über das Sonderprogramm des Bundes durchgeführte betriebliche Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm) wird als unbefristete Ermessensleistung für Arbeitgeber übernommen. Damit wird das Angebot an der Schnittstelle von Berufsvorbereitung und Berufsausbildung für jüngere Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven und für benachteiligte Auszubildende ergänzt.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesagentur für Arbeit

www.bmas.bund.de

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Verbesserung familienunterstützender Dienstleistungen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.mehrgenerationenhaeuser.de

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Implementierung des Europäischen Pakts für die Jugend. Laufende und geplante Maßnahmen des Bundes
→ www.bmfsfj.bund.de, Menüpunkt Kinder und Jugend, „Der Europäische Pakt für die Jugend“



Die „2. Chance“. Aufgefangen im Netz

Aktuelle Schätzungen weisen darauf hin, dass ca. ein bis zwei Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland bereits verfestigte Formen der Schulverweigerung bzw. Schulvermeidung aufweisen. Experten gehen davon aus, dass von insgesamt 12,4 Mio. Schülern etwa 10 % die Schule über Wochen und teilweise Monate hinweg schwänzen. Was kann man tun, um diesen Schülerinnen und Schülern dabei zu helfen, wieder regelmäßig die Schule zu besuchen und so ihre Chancen auf einen Schulabschluss und damit auch auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen?

Das Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erprobt dafür ein besonders Modell: In gemeinsamer Anstrengung von verschiedenen Akteuren am Ort oder im Landkreis werden jungen Menschen Angebote gemacht, um einen Weg zurück in den Schulalltag zu finden. In Koordinierungsstellen vor Ort stehen den Jugendlichen „Case-Managerinnen und Manager“ als Begleitung zur Verfügung. Sie organisieren innerhalb eines Netzwerks von kompetenten Partnern die passgenauen Angebote.

Niedersachsen

So wird im Europa-Zentrum Nordwest e.V. in Dötlingen-Brettdorf im Landkreis Oldenburg in Niedersachsen für jeden betroffenen jungen Menschen in Zusammenarbeit mit der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer, den Eltern und dem Jugendamt ein individueller Förderplan erstellt. In Absprache mit den Eltern und der Schule arbeiten die Jugendlichen sechs Stunden pro Tag in einem Projekt, zum Beispiel in der „Huntewerft“, einem Bootsbauprojekt. Die Schülerinnen und Schüler erhalten an den außerschulischen Lernorten auch Unterricht, angelehnt an den individuellen Schulstoff. Die Elternarbeit findet bei einem wöchentlich stattfindenden Elternfrühstück und in Einzelgesprächen statt. Das Netzwerk rund um das Europa-Zentrum besteht derzeit aus acht Schulen, dem Schul- und dem Jugendamt und natürlich aus vielen Einzelpersonen und Einrichtungen, die im Kontakt mit dem jungen Menschen stehen, wie Psychologische Beratungsstellen, Mitarbeiter der sozialen Dienste, Polizei, Hausarzt, Nachbarn...



Schleswig-Holstein

In der Hansestadt Lübeck koordiniert der Fachbereich Kultur, Berufsvorbereitungs- und Ausbildungszentrum, der Stadtverwaltung das Projekt. Damit hat er viel zu tun, denn im Netzwerk sind außerdem das Schulamt und vier Abteilungen des Jugendamtes. Die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer lernen und arbeiten in den betrieblichen Werkstätten von Kooperationspartnern, die in der regionalen Bildungslandschaft Lübecks vernetzt sind. Für sozialpädagogische Gruppenangebote nutzen die beiden Casemanagerinnen die vielfältigen Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote in der Hansestadt Lübeck.

Brandenburg

Der Verein JOB e.V. – Jugend.Orientierung.Beruf – ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und bereits seit 1991 im Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadt Potsdam tätig. Er hat ein integratives Konzept: Die Schüler verbleiben im Klassenverband und erhalten parallel in kleinen Lerngruppen von den Projektlehrern der Schule eine speziell auf sie abgestimmte Förderung. Dafür wurde ein Klassenraum von ihnen selbst zum „Projektraum“ umgestaltet. Am Nachmittag bietet JOB e.V. verschiedene außerschulische Angebote an. Die Eltern werden zur Teilnahme an regelmäßigen Elternveranstaltungen verpflichtet. Zudem besteht das Angebot einer familientherapeutischen Beratung und die Teilnahme an einem regelmäßig stattfindenden Konflikttraining für Eltern. In Potsdam besteht das Netzwerk aus dem Staatlichen Schulamt Brandenburg, dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamts, einer Oberschule, einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe sowie weiteren Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Mit Hilfe des Programms, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Bundes finanziert wird, erhalten seit dem 1. September 2006 ca. 2.000 junge Menschen an 73 Standorten im gesamten Bundesgebiet diese „2. Chance“.

Helle Becker

→ www.zweite-chance.eu



„Die Ressourcen müssen besser gebündelt werden! Ressourcenübergreifende Zusammenarbeit ist notwendig!“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Forums „Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“

Kompetenzen bündeln. Die Befähigungsinitiative

Seit Oktober 2005 bis Ende 2008 bündelt der Caritasverband seine Kompetenz im Rahmen der Befähigungsinitiative - eine Initiative für benachteiligte junge Menschen. 2007 lag der Fokus auf der Befähigung von Kindern unter dem Motto „Mach Dich stark für starke Kinder“. 2008 liegt der Schwerpunkt auf den Jugendlichen mit „Achten statt ächten“. Die bundesweite „Befähigungsinitiative“ soll die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen mit unzureichenden Startchancen verbessern. „Wenn alle an einem Strang ziehen“, so die Überlegung, „können wir jungen Menschen Perspektiven schaffen.“

Die Initiative zielt in der ersten Phase vor allem auf die eigenen Caritasmitglieder. Sie werden ange-regt, die Arbeit zu reflektieren: Wie fördert die Caritas benachteiligte Kinder und Jugendliche? Wie erreichen wir diese Zielgruppe? Was können wir verbessern und wie können wir die Öffentlichkeit für die Problematik und die Unterstützung unserer Arbeit sensibilisieren und gewinnen? Wo müssen wir uns stärker sozialpolitisch für sie engagieren und Stellung beziehen? Wo können benachteiligte Jugendliche partizipieren? Unter dem Dach der Befähigungsinitiative werden Projekte zu verschie-denen Themenbereichen entwickelt. Die besonders erfolgreichen Projekte und Initiativen sollen als Best-Practice-Beispiele dazu animieren, auch an anderen Orten umgesetzt zu werden. Über 800 Aktivitäten sind inzwischen auf der Datenbank erfasst und stellen die Vielfalt der Fördermöglichkei-ten dar.

Der Blick richtet sich auf alle Bereiche, die die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen betref-fen. Es geht sowohl um den Bereich Erziehung, Betreuung und Bildung als auch um den Bereich Berufsqualifizierung, Ausbildung und Erwerbsarbeit. Das Projekt ist also in allen Handlungsfeldern der Jugendhilfe der Caritas angesiedelt, in der Erziehungshilfe, in der Schulsozialarbeit, der Jugend-berufshilfe usw. Die Befähigungsinitiative kooperiert mit Partnern aus verschiedenen kirchlichen und außerkirchlichen Bereichen und der Wirtschaft, um durch gemeinsames Engagement Jugendlichen Praktikumpätze, Ausbildungs- und Arbeitsplätze anzubieten und damit die Chance auf ein selbstbe-stimmtes Leben zu ermöglichen.


In den einzelnen Fachbereichen und Mitgliedsverbänden werden auch Wege zur effektiveren Implementierung von Kinderrechten und Mitwirkungsrechten erprobt. So vermittelt das Freiwilli-gen-Zentrum Neustadt a.d. Aisch im Rahmen des freiwilligen sozialen Schuljahrs Jugendliche mit Migrationshintergrund in Kindergärten, wo Kinder aus demselben Kulturkreis Sprachförderung erhalten.

Unter dem Jahresthema „Achten statt ächten“ erhalten Jugendliche auf unterschiedliche Weise die Möglichkeit zur Mitwirkung: durch eigene Beiträge auf der Homepage, durch das Mitdrehen eines Videos oder durch Diskussionen mit Bundsparlamentariern.

Helle Becker

→ www.befaehigungsinitiative.de

→ www.achten-statt-aechten.de

A close-up photograph of Dr. Andreas Meyer-Falcke, a middle-aged man with grey hair and red-rimmed glasses, smiling warmly. He is wearing a pink shirt. The background is dark and out of focus, showing other people in a dimly lit room.

„Wir haben viele Programme, die mit den Themen des Paktes arbeiten, aber keinen Bezug zum Pakt haben. Man kann sich Rückenwind für eigene Programme holen.“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Forums „Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“

Der Pakt mit der Jugend in Nordrhein-Westfalen

Interview mit Dr. Andreas Meyer-Falcke, Gruppenleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Frage: Herr Dr. Meyer-Falcke, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen plant einen „Pakt mit der Jugend“. Warum?

Antwort: Jugendliche sind heute mehr als früher gefordert, sich ihren ganz spezifischen Zukunftsweg zu bauen. Von ihnen wird mehr Flexibilität, mehr Veränderungsbereitschaft und mehr Mobilität verlangt, als vor zehn, fünfzehn Jahren. Das fordert jungen Menschen einiges ab und überfordert dazu auch manche Eltern. Damit ist Erziehung längst ein öffentliches und politisches Thema geworden. Wir brauchen einen ‚Pakt‘, um die Probleme gemeinsam anzugehen.

Frage: Wie soll so ein Pakt aussehen?

Antwort: Zum Glück herrscht in Nordrhein-Westfalen ein gesellschaftliches Klima, in dem gerade das Engagement für die jungen Menschen, aber auch das der jungen Menschen selbst, sehr zahlreich gedeiht. Daran hat nicht zuletzt die bunte Landschaft der Jugendarbeit einen hohen Anteil. Es gibt in der Jugendverbandsarbeit, Ferienfreizeiten, in offenen und mobilen Jugendeinrichtungen oder in der offenen Ganztagsbetreuung Treffpunkte und Orte von Gemeinsamkeit und Bildung, an denen junge Menschen Unterstützung und Hilfe erfahren. Sie alle bieten ihnen Lern- und Erfahrungsfelder für ihren Lebensweg. Wir wollen sie alle in dem ‚Pakt‘ zusammenschließen.

Frage: Was unternimmt die Landesregierung dafür?

Antwort: Um die neuen Herausforderungen bewältigen zu können, müssen alle jugendpolitischen Akteure an einem Strang ziehen. Deswegen soll der Pakt vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen, dem Landesjugendring NRW, der Arbeitsgemeinschaft „Haus der offenen Tür“ NRW, der Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit NRW e.V., der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW und dem Paritätischen Jugendwerk NRW mit ihren jeweiligen Mitgliedsorganisationen getragen werden. Die Botschaft ist: Wir sind gemeinsam der Anwalt für die Interessen der Jugend in Nordrhein-Westfalen.



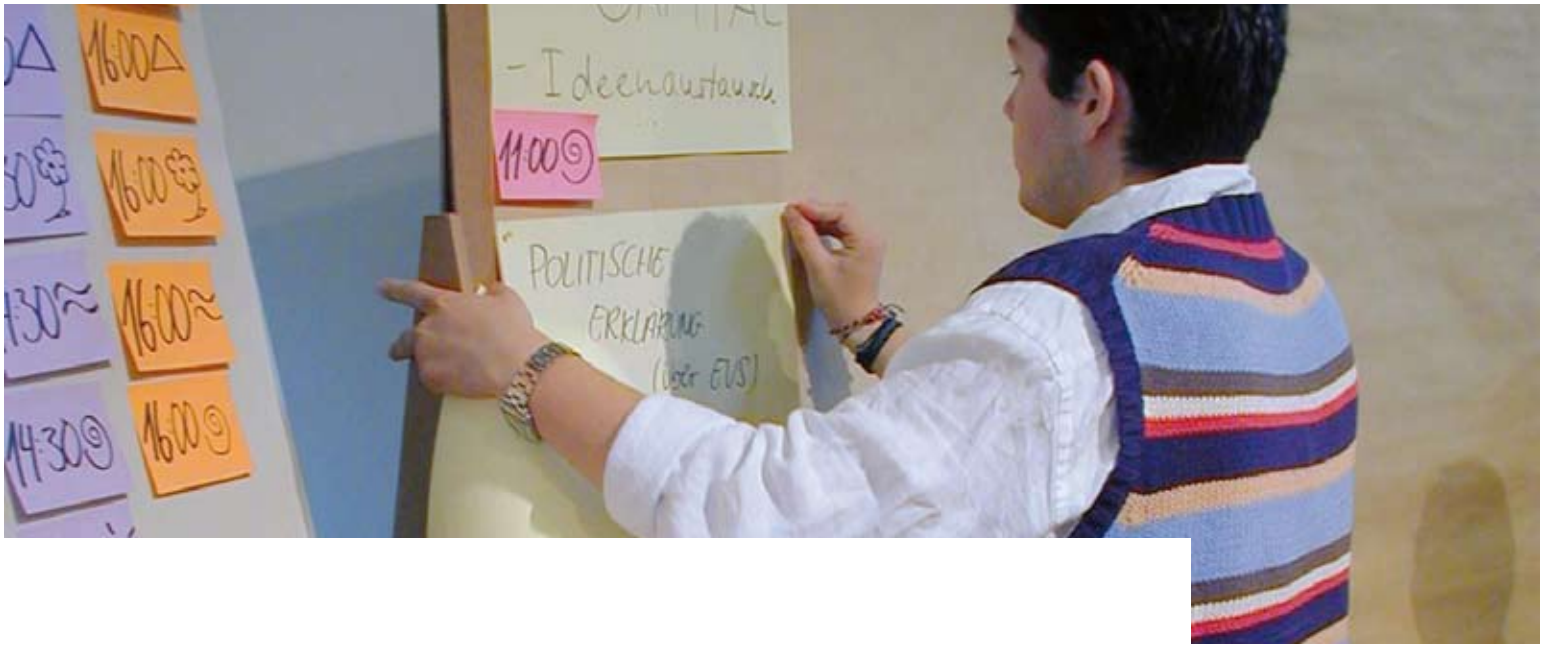
Frage: *Das ist dann doch ein Pakt für die Jugend, nicht mit der Jugend?*

Antwort: Wir wollen mit dem Pakt auch die gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen sichern, stärken und ausbauen. Aber Teilhabe ist nicht nur ein Ergebnis des Übens von Demokratie, sie ist auch deren Voraussetzung! Deswegen wollen wir den Pakt mit den Jugendlichen gemeinsam gestalten. Mit dabei ist deswegen auch der neu gegründete „Kinder- und Jugendrat NRW“, in dem sich die Kinder- und Jugendgremien aus Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen haben. Gemeinsam mit ihm und den Trägern der Jugendhilfe sollen die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen Qualitätskriterien für Beteiligung und Empfehlungen entwickelt werden und das Thema Partizipation stärker thematisiert werden. Dazu verpflichten wir auch die Politik: So soll eine Gesprächsreihe mit Jugendlichen etabliert werden, die alle Felder der Politik einbezieht. Hierzu gehört auch, dass die Ressorts der Landesregierung ihr Haus für Gespräche und Kontakte mit jungen Menschen öffnen. So ist eine Reihe „Politik diskutiert mit der Jugend“ geplant und eine auswärtige Kabinettsitzung zum Thema „Kinder und Jugendliche in NRW“. Diese Ideen sollen auch Aktivitäten im Zuge der Kommunalwahl 2009 ergänzen, mit denen für mehr Wahlbeteiligung bei den Jugendlichen geworben werden soll. Sozusagen als Nebeneffekt können wir Europa und seinem Europäischen Pakt für (!) die Jugend zeigen, was für ein gutes Vorbild wir in Sachen Jugendpolitik sind.

Frage: *Apropos Europa. Spielt das im nordrhein-westfälischen Pakt eine Rolle?*

Antwort: Die Paktpartner werden jugendpolitische Schwerpunkte verabreden: Beteiligung, Abbau von Benachteiligungen, Integration und Europa. Das sind auch alles Themen des „Europäischen Pakts für die Jugend“. Durch konkrete Projekte soll die interkulturelle Arbeit gestärkt werden. Eine Möglichkeit sehen wir in der Unterstützung von sozialraumorientierten Netzwerken zur Förderung junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Dazu soll auch die Verbesserung der Integration von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in die Jugendverbandsarbeit und Unterstützung selbstorganisierter Migranten-(Jugend-) Organisationen zählen.

Unabhängig davon wissen nach wie vor viele junge Menschen wenig über Europa. Dabei wird es zunehmend wichtiger, dass sie bei Entscheidungen, die ihre Zukunft in Europa betreffen, beteiligt werden und Mitspracherecht erhalten. Deswegen wollen wir gezielt über Europa informieren und „Europafähigkeiten“ fördern. Dazu zählt auch die Werbung für die Nutzung des Programms JUGEND IN AKTION.



Frage: Welche sozialpolitischen Punkte greifen Sie auf?

Antwort: Wir wollen die im Europäischen Pakt für die Jugend relevanten Punkte aufnehmen. Wir wollen den rund 15 - 20 % der Jugendlichen, die aufgrund unterdurchschnittlicher Bildungsabschlüsse, wegen sozialer Benachteiligungslagen oder individueller Beeinträchtigungen Schwierigkeiten haben, den Übergang von der Schule in den Beruf zu meistern, gezieltere Hilfen anbieten. Mit den Trägern der Jugendsozialarbeit soll nach neuen und wirksamen Ansätzen gesucht werden, einheitliche Zielstellungen im Bereich der Vermittlung formaler Bildung und ein Handlungskonzept, insbesondere in der Kooperation mit der Schule, entwickelt werden. Eine andere Idee ist ein Zertifikat über den Kompetenzerwerb in der Jugendarbeit. Übrigens denken wir auch über eine Initiative nach, den Austausch zwischen Alt und Jung zu fördern und – wie schon mit den Mehrgenerationenhäusern in NRW – Senioren stärker in die Kinder- und Jugendarbeit einzubeziehen.

Frage: Gibt es landesweite Instrumente zur Koordination von jugendpolitisch relevanten Aktivitäten?

Antwort: Um die Informationsbasis zum Nutzen aller Akteure zu verbessern, gibt es schon lange landesweit genutzte Bausteine: den so genannten „Wirksamkeitsdialog“, Zielvereinbarungen und Strukturdatenerhebungen. Diese wollen wir überprüfen und miteinander mehr verzahnen. Jugendarbeit kann nur dann wirksam sein, wenn die Politik des Landes, die Arbeit der Kommunen und die Jugendarbeit harmonieren. Und sie kann nur dann wirksam sein, wenn die kinder- und jugendpolitische Infrastruktur stabil bleibt.



„Ein Pakt für die Jugend kann nur über die politische und/oder Verwaltungsspitze in kommunalen Strukturen installiert werden – wie z.B. eine Initiative für eine kinderfreundliche Gemeinde.“
Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Forums „Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“

caminante - Perspektiven für Jugendliche auf dem Land

In den neuen Bundesländern, so Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, wird sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis zum Jahr 2010 halbieren. Ursachen dafür sind die rückläufigen Geburtenzahlen Anfang der 90er Jahre und die Abwanderung in andere Kreise und Länder. Weniger Kinder und Jugendliche, angespannte Haushaltslagen – schon jetzt ist die Konzentration von Schulstandorten, Ausbildungseinrichtungen und Freizeitangeboten mit weiteren Wegen und weniger Zeit für Kinder und Jugendliche zu beobachten. Nichts los und kaum Chancen – da wandern noch mehr ab.

Die kommunale Jugendpolitik und öffentliche wie freie Träger der Jugendhilfe stehen vor neuen und komplizierten Herausforderungen, die nur mit einer qualifizierten Neuorientierung der Jugendhilfeplanung zu beantworten sein werden.

Das Projekt „caminante“ von CAMINO, Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH in Berlin, will dabei Hilfestellung geben. Es unterstützt die Jugendhilfeplanung in sechs Landkreisen in Thüringen (Kyffhäuserkreis, Saale-Orla-Kreis), Brandenburg (Landkreise Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz), Sachsen (Landkreis Kamenz) und Mecklenburg (Landkreis Müritzt). Im Zentrum des Projekts steht nicht der Abbau von Leistungen, sondern eine qualitative Umorientierung. „Bedarfsgerechte Strukturanpassung“ ist das Zauberwort.

→ www.caminante-projekt.de



Grundlage sind eine Ist-Stand-Analyse der jugendhilferelevanten Strukturen, der fachlichen Standards in den Bereichen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und Mobilitätsanalysen sowie eine Prognose zur Entwicklung jugendhilferelevanter Grundlagen und Rahmenbedingungen. Dann werden die Landkreise darin beraten, Ressourcen durch konsequente und kleinräumige Sozialraumorientierung und kreis- bzw. ländergrenzenübergreifende Kooperationen zu erschließen. So wird geprüft, inwieweit Fachbereiche, Institutionen, Behörden und Initiativen zusammenwirken können, die für Familien, Kinder und Jugendliche relevant sind, inklusive Schulen, gewerbliche Kultur- oder Sportanbieter, Polizei, Vereine und Bürgerinitiativen.

Dafür werden alle Akteure im Jugendbereich, Betroffene und Experten in Form von regionalen Arbeitsgemeinschaften einbezogen und anhand von Werkstattgesprächen und Zukunftswerkstätten werden gemeinsam Bedarfe und Perspektiven entwickelt. Das Ergebnis ist ein entscheidungsreifer Planungsvorschlag für die kommunalen Entscheidungsgremien.

Helle Becker



Kapitel 3: Erwartungen

Europäisches Jugendforum: Ein Pakt *mit* der Jugend!

Das Europäische Jugendforum, die Vertretung der Jugendverbände auf europäischer Ebene, begrüßte den Pakt für die Jugend und dessen Einbeziehung in die Lissabon-Strategie. Es sei wichtig, dass der Pakt einen Querschnittsansatz in den für Jugendliche relevanten Politikbereichen fördere, aber einen speziellen Fokus auf die Politikbereiche lege, die im Weißbuch Jugend genannt werden: Bildung, Lebenslanges Lernen und Mobilität, Beschäftigung, soziale Integration, Selbstständigkeit junger Menschen, aktive Bürgerschaft und Partizipation.

Wichtig sei aber, dass ein „Pakt für die Jugend“ vor allem ein „Pakt mit der Jugend“ sei. Schließlich, so das Jugendforum, gehe es um Probleme wie Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, die Förderung von Bildung, Ausbildung und Mobilität sowie um Probleme, die Folgen der demografischen Entwicklung sind. Werden diese Herausforderungen nicht gelöst, würde die nachfolgende Generation große wirtschaftliche Probleme bekommen. Der erfolgreiche Übergang von Bildung in Beschäftigung sei der Schlüssel zu den Zielen von Lissabon. Deswegen sei der Pakt für die Jugend als Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Jugend anzusehen und junge Leute und Jugendorganisationen in seine Ausgestaltung einzubeziehen.

Helle Becker

European Youth Forum Position
Paper on the Proposal for
a European Pact for Youth,
adopted by the Bureau, 22-23
January 2005
→ www.jugendpolitikeneuropa.de/europazusammen/pakt/news-151.html



Y.E.S. sagt „Ja“ zum Europäischen Pakt für die Jugend

Ein Eckpfeiler für die Jugendpolitik in Europa könnte der Pakt werden, meint das Y.E.S. FORUM (Youth and European Social Work). Voraussetzung sei allerdings, dass es gelinge, die Initiative mit anderen Entwicklungen und Instrumenten auf europäischer Ebene wie die „Europäische Beschäftigungsstrategie“, der Europäische Sozialfonds (ESF), das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend“ und die Initiative zur „Validierung und Anerkennung des nicht formalen Lernens“ zu verzahnen. Den Worten müssten aber auch Taten folgen.

Das Forum meint aber auch, dass eine besondere Investition in die junge Generation nicht nur auf die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit ausgerichtet sein sollte, sondern eine langfristige und wesentlich ganzheitlicher angelegte Förderung des Individuums zum Ziel haben sollte. Dieses gelte insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Hier warnt Y.E.S. vor kurzfristig angelegten Maßnahmen, die den individuellen Gründen für eine Benachteiligung oftmals nicht gerecht werden können.

Das Y.E.S. Forum entstand im Jahre 2001 als vorbereitende Maßnahme im Rahmen des EU-Aktionsprogramms zur Bekämpfung und Vorbeugung sozialer Ausgrenzung. In eigenen strategischen Projekten entwickelt das Forum innovative Methoden und Konzepte in verschiedenen Arbeitsfeldern der Jugendsozialarbeit, u.a. mit den Zielen der aktiven Mitgestaltung der europäischen Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, der Vernetzung von Personen und Organisationen und der Entwicklung und dem Austausch innovativer Methoden.

Helle Becker

Y.E.S. FORUM Briefing Paper
April 2005
Including young people in
Europe. Briefing paper from
Youth and European Social
Work, April 2005

→ www.yes-forum.org

→ www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/pakt/news-173.html



„Es fehlt an einer ausreichenden Beteiligung der Zivilgesellschaft.“

Interview mit Ute Theisen, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings

Frage: Frau Theisen, was erwarten Jugendliche von Europa?

Antwort: Viele Jugendliche erwarten ein soziales und gerechtes Europa, das ihre Lebenssituation verbessert. Gleichzeitig aber sind Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarmut Realitäten in vielen Ländern Europas. In vielen Mitgliedstaaten stellt sich das Problem der Zukunft des europäischen Gesellschaftsmodells und des Sozialstaates. In fast allen Ländern findet eine demographische Alterung statt. Die Folge ist ein Verlust der gesellschaftlichen Bedeutung der Jugend und eine Reduzierung der Angebote für Jugendliche z.B. im Bildungsbereich.

Frage: Kann eine Europäische Jugendpolitik diese Herausforderungen meistern?

Antwort: Innerhalb der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich sind seit 1999 ein Zuwachs an politischer Aufmerksamkeit und eine Kompetenzerweiterung zu verzeichnen. Vor allem das Weißbuch Jugend hatte Auswirkungen auf verschiedenste politische Themen, gerade auch auf nationaler Ebene. Und mit der Offenen Methode der Koordinierung steht grundsätzlich ein geeignetes Instrument für die aktive Gestaltung von europäischer Jugendpolitik zur Verfügung. Allerdings müssen dazu einige gravierende Änderungen durchgeführt werden. Der Deutsche Bundesjugendring fordert insbesondere eine höhere Transparenz und Verbindlichkeit für diese Methode. Beides ist in der bisherigen Form kaum vorhanden.

Frage: Wie bewerten Sie den „Europäischen Pakt für die Jugend“?

Antwort: Neben dem Weißbuch ist der Pakt für die Jugendpolitik in Europa von besonderer Wichtigkeit. Leider ist man auch zwei Jahre nach der Verabschiedung des Europäischen Jugendpaktes weit davon entfernt, die selbst gesetzten Ziele erreicht zu haben. Es gibt bisher wenig greifbare Ergebnisse. Trotz vielfältiger Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten profitieren junge Menschen im Durchschnitt immer noch weniger stark von den Verbesserungen der Beschäftigungslage in Europa als Erwachsene.

Frage: Was hoffen Sie für den Pakt?

Antwort: Ich hoffe, dass der Europäische Pakt für die Jugend nun nicht in Vergessenheit gerät. Als sektorübergreifende Initiative besitzt er das Potential, die Herausforderungen, vor denen junge Menschen in Europa stehen, anzugehen. Doch leider fehlt es bei seiner Umsetzung vielfach an klaren Strategien und vor allem an einer ausreichenden Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ begrüßt, dass jugendpolitische Aspekte in die Umsetzungsverfahren des bis 2010 geplanten Lissabon-Prozesses eingebunden werden.

„Die AGJ begrüßt den Europäischen Pakt für die Jugend ausdrücklich, bedeutet dieser doch eine erstmalige jugendpolitische Befassung des höchsten Entscheidungsgremiums der EU und die Verankerung von ausdrücklich jugendspezifischen Zielen in die zentrale längerfristige europäische Politikstrategie von Lissabon. Die AGJ unterstreicht die Notwendigkeit, die Umsetzung und Gestaltung des Paktes auf europäischer und insbesondere auf nationaler Ebene aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe aktiv zu begleiten.“ (...)

„Der Mehrwert des Europäischen Paktes für die Jugend liegt nach Auffassung der AGJ darin, jugendpolitische Aspekte in die Umsetzungsverfahren des bis 2010 geplanten Lissabonprozesses einzubinden.“ (...)

„Der Europäische Pakt für die Jugend bietet aus Sicht der AGJ die Chance, mit einem integrierten strategischen Konzept einen jugendpolitischen Querschnittsansatz (...) auf EU-Ebene zu stärken und politisch zu verankern. Die Einbeziehung der Jugend bei der Umsetzung der nationalen Lissabon-Reformprogramme kann zukunftsgerichtet dazu beitragen, eine stärker an den Bedürfnissen junger Menschen orientierte europäische Gesellschaft zu entwickeln.“ (...)

„Damit der Europäische Pakt für die Jugend zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen beiträgt, muss die nationalstaatliche Umsetzung politische und programmatische Realität werden. Die AGJ betont die Notwendigkeit einer verstärkten Berücksichtigung junger Menschen im deutschen Lissabonprogramm und unterstreicht die erforderliche Beteiligung von jugend(hilfe)politischen Strukturen und Jugendlichen an der deutschen Programmplanung und Umsetzung.“

Die AGJ empfiehlt bei der nationalen Umsetzung des Europäischen Paktes für die Jugend unter anderem, dass das Bundesjugendministerium die Umsetzung des Paktes federführend begleiten sollte, dass effektive Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen Bund und Bundesländern sowie der kommunalen Ebene, die jeweils die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigen, eingerichtet werden und im Zuge der Umsetzung des Paktes gemeinsam mit Jugendlichen, Verbänden, Organisationen und Einrichtungen ernst zu nehmende und politisch wirksame Partizipationsformen entwickelt werden.

Quelle:
Europäischer Pakt für die
Jugend
Stellungnahme des Vorstands
der AGJ, Berlin, Juni 2005



„Eigentlich müsste von europäischer Ebene mehr Druck ausgeübt werden...“

Interview mit Hartmut Brombach, Referent für Freiwilligendienste beim Internationalen Bund e.V.

Frage: Herr Brombach, was verbinden Sie mit dem „Europäischen Pakt für die Jugend“?

Antwort: Der Pakt ist für mich eine Absichtserklärung von Regierungschefs, sich intensiver als bisher um Probleme der Jugend zu kümmern. Dabei ist mir wichtig, dass sich damit die politischen Absichten nicht mehr – wie lange Zeit vorher – ausschließlich auf Arbeitsmarktprobleme beziehen, sondern auch auf andere Lebensbereiche Bezug nehmen. Nun ist das allerdings erst eine Absichtserklärung. Die Umsetzung in praktische Politik auf der nationalen, regionalen oder kommunalen Ebene steht noch aus. Aussagen der zuständigen Ministeriumsvertreter haben mir gezeigt, dass die Überlegungen dazu noch sehr allgemein sind und man den Bezug zur Praxis der Kinder- und Jugendhilfe bisher nur sehr schwer herstellen kann.

Frage: Eine Besonderheit des Pakts liegt in der Absicht, jugendrelevante Fragen quer durch alle Politiken zu prüfen. Wie bewerten Sie das?

Antwort: Das ist für mich ambivalent. Es mag durchaus gut gedacht sein, alle betroffenen Politikbereiche einzubeziehen. Aber nach meiner Erfahrung erfährt alles, was zur Querschnittsaufgabe erklärt wird, eine größere Unverbindlichkeit. Diese Erfahrung habe ich zum Beispiel als Mitglied eines Kinder- und Jugendhilfeausschusses gemacht. Sobald die Kinder- und Jugendhilfepolitik zur Querschnittsaufgabe deklariert wurde, wurde sie auch weniger fassbar. Es reicht nicht, dass ein Stadtrat einen entsprechenden Beschluss fasst. Dieser muss von konkreten Maßnahmen begleitet werden. So müsste eine klare Verantwortlichkeit vergeben werden an jemanden, der die „Querschnittshaftigkeit“ der Aufgabe verbindlich verfolgt. Dazu müsste der- oder diejenige mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein. Er oder sie müsste das Jugendamt, das Planungsamt, das Ordnungsamt und andere Ämter wirklich bewegen können. Sonst ist das heiße Luft. Das Gleiche gilt beispielsweise für das Gender Mainstreaming-Prinzip auf Bundesebene.



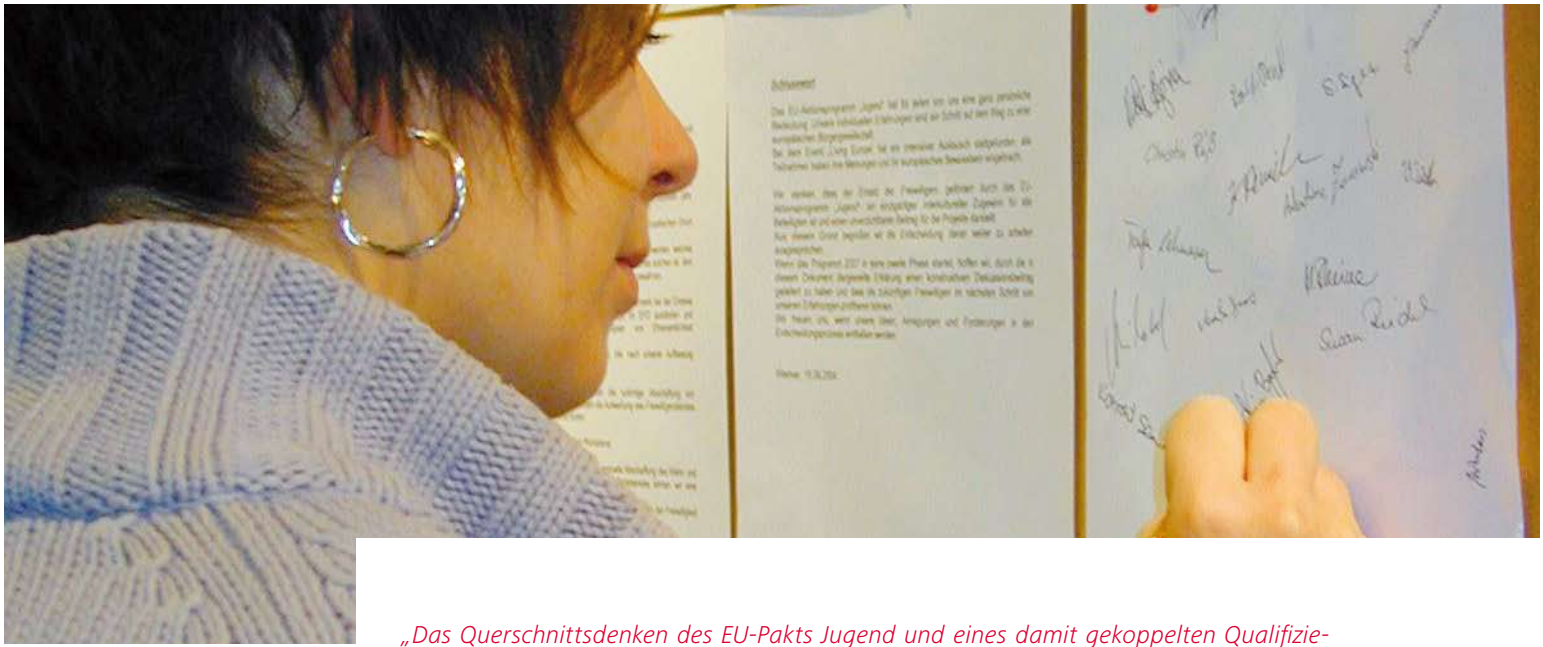
Frage: Glauben Sie, dass der Europäische Pakt für Ihre Arbeit nützlich sein kann?

Antwort: Er kann sicherlich nützlich sein, allein schon dadurch, dass man sich auf ihn beziehen kann. Bisher hat er jedoch für uns wenig Bedeutung gehabt. Nehmen wir den Bereich der Freiwilligendienste. Hier werden leider viele Sonntagsreden gehalten. Denn wenn es darauf ankommt, den vielen Bewerbern, die Interesse haben, auch die Möglichkeiten zu schaffen, sich zu engagieren, dann ist häufig schnell Schluss mit der zuvor erklärten Bereitschaft, weil es mit Kosten verbunden ist. Ich kann noch nicht sehen, dass die Absichtserklärungen des Pakts auch Auswirkungen gehabt hätten.

Frage: Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich eine Wirkung vorstellen?

Antwort: Eigentlich müsste von europäischer Ebene mehr Druck ausgeübt werden. Das ist aber nicht unproblematisch, weil die Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe auf kommunaler Ebene liegt. Das ist auch sinnvoll. Die einzige Steuerungsmöglichkeit, die auf europäischer Ebene vorhanden ist, geht über die Fördergelder. Formale Befugnisse der EU gibt es im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht.

Zumindest aber bringt so ein Pakt mehr Aufmerksamkeit für die Sache in Politik und Öffentlichkeit. Es darf nur nicht bei einem einmaligen Akt bleiben. Ich würde mir wünschen, dass auf europäischer Ebene für Nachhaltigkeit gesorgt wird. Der Pakt muss mit konkreten Umsetzungsschritten ausgestattet werden und mit konkreten Maßnahmen verbunden werden. So müsste es im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung eine regelmäßige nationale Berichterstattung geben. Er bietet natürlich auch eine Basis für einen weitergehenden fachlichen und politischen Austausch. Hier braucht man aber Geduld, das sehe ich an mir selbst. Erst langsam gewöhne ich mich daran, dass europäische Fragen Wirkung auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene haben sollen und können.



„Das Querschnittsdenken des EU-Paktes Jugend und eines damit gekoppelten Qualifizierungsansatzes ist zum Ausgleich der föderalen Grenzen in einer nationalen Task Force umzusetzen.“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Forums „Perspektiven Europäischer Jugendpolitik“

Plattform zur Verankerung des Europäischen Paktes für die Jugend in Deutschland

Zusammenfassend sollen an dieser Stelle aus dem 5. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik Anregungen bzw. Empfehlungen für die jugendhilfepolitische Verankerung des Europäischen Jugendpaktes aufgelistet werden.

Der Europäische Pakt für die Jugend ist in Deutschland in den jugendhilfepolitischen Strukturen noch nicht angekommen. Dabei wird die Initiative allgemein begrüßt und als Chance für die Weiterentwicklung sektorübergreifender jugendhilfepolitischer Angebote begriffen. Es wird insbesondere die Chance gesehen, der zunehmenden Ausrichtung europäischer und nationaler Strategien an der wirtschafts- und beschäftigungspolitisch motivierten Entwicklung der Humanressourcen den ganzheitlichen Entwicklungsansatz der Kinder- und Jugendhilfe entgegenzusetzen, der sich an den Lebenslagen junger Menschen orientiert.

Der Pakt soll zu anhaltendem und nachhaltigem Wachstum beitragen, in dem er

- eine Trendwende in der negativen demografischen Entwicklung,
- eine bessere berufliche und soziale Integration sowie
- eine stärkere Nutzung des menschlichen Potentials, das die europäische Jugend darstellt, unterstützt.

Der Jugendministerrat der EU hat in seinen Schlussfolgerungen zur Umsetzung des Paktes im Februar 2007 folgende Ausrichtung bestätigt:

- Die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beschäftigung sollen besondere Beachtung finden. Um günstige Rahmenbedingungen für die erfolgreiche soziale und berufliche Eingliederung junger Menschen zu schaffen, sollten die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Rechts- und Verwaltungssysteme die sektorübergreifende Abstimmung ihrer Strategien und Maßnahmen auf allen Ebenen verstärken. Dabei sollten alle relevanten



Akteure aus Politik und Verwaltung sowie der Sozialpartner und der Nichtregierungsorganisationen einbezogen werden.

- Lokale und regionale Strukturen zur Umsetzung des Paktes sollen gestärkt werden. Jugendliche sind zwar Teil Europas, aber dennoch gebunden an ihre regionale Herkunft. Aus diesem Grund sollten regionale Initiativen vermehrt gefördert werden.
- Mithilfe von maßgeschneiderten Maßnahmen sollten allen Jugendlichen die gleichen Chancen auf soziale und berufliche Eingliederung geboten werden. Es sollen u.a. konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Segmentierung bestimmter Arbeitsmärkte erarbeitet werden, um die Bereitstellung besserer Arbeitsplätze für junge Menschen zu fördern. Ferner sollten Maßnahmen ergriffen werden, die es jungen Menschen ermöglichen, Familie, Privatleben und Beruf besser miteinander in Einklang zu bringen.
- Um die soziale und berufliche Eingliederung junger Menschen zu verbessern, bedarf es bei der Umsetzung der Lissabonner Strategie einer sichtbareren Jugenddimension.

Die Umsetzung des Europäischen Paktes für die Jugend aus Sicht der Bundesebene macht keine Neuauflage von Strategien und Programmen erforderlich. Der Pakt sollte vor allem einen sektor- und ebenenübergreifenden, partizipatorischen jugendpolitischen Austausch anstoßen, der Vorhandenes zusammenbringt und unter den Zielen des europäischen Paktes neu gewichtet und ausrichtet. Dies könnte auf der Basis einer „Plattform zur Umsetzung des Europäischen Paktes“ geschehen. Dabei soll die Plattform keine neue Institution sein, sondern bestehende Strukturen in den Austausch bringen.

Ziele der Plattform

Die Plattform organisiert auf den Ebenen Bund, Länder und Kommunen einen ressort- und sektorübergreifenden Erfahrungsaustausch und bietet einen bundesweiten fachlichen Diskurs zur Umsetzung des Europäischen Paktes für die Jugend in Deutschland. Hierzu ist auch die angemessene Vermittlung der Möglichkeiten des Paktes in die Strukturen und Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe nötig. Über die Plattform sollen die im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe, freie und kommunale Jugendhilfeträger vor Ort und die jungen Menschen selbst informiert, mobilisiert und qualifiziert werden, um die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe mit Blick auf die Inhalte und Ziele des Europäischen Paktes weiter zu entwickeln. Die Plattform soll neben den Akteuren der Jugend- und Familienpolitik auch solche der Arbeits- und Sozialpolitik sowie der Ressorts Bildung, Wirtschaft



und Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erreichen und sie in die Auseinandersetzung über eine Jugend angemessene zukunftsorientierte Politik einbeziehen.

Die Plattform will dazu anregen, vorhandene Mittel, Fördermöglichkeiten und Ressourcen Pakt- und ebenenbezogen zu nutzen sowie Einzelmaßnahmen und Strukturen im Sinne der Schwerpunkte so zu vernetzen, dass

- die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beschäftigung besser aufeinander abgestimmt,
- allen Jugendlichen mithilfe von maßgeschneiderten Maßnahmen die gleichen Chancen auf soziale und berufliche Eingliederung geboten,
- regionale Initiativen vermehrt gefördert und lokale und regionale Strukturen zur Umsetzung des Paktes gestärkt,
- die sektorübergreifenden Abstimmungsprozesse zwischen allen relevanten Akteuren aus Politik und Verwaltung sowie der Sozialpartner und der Nichtregierungsorganisationen gestärkt werden und
- die Jugenddimension der Lissabonner Strategie und der Europäische Pakt eindeutig an Sichtbarkeit gewinnen.

Der Beitrag des Bundes muss hier in einer anregenden, stimulierenden, vermittelnden, vernetzenden und kommunizierenden Rolle liegen.

Die Arbeit der Plattform sollte deshalb folgenden Prämissen unterliegen:

- Sie ist Schnittstelle zwischen europäischer und nationaler Jugendpolitik.
- Sie fordert ebenen- und ministerienübergreifende Zusammenarbeit.
- Sie bringt die relevanten Fachorganisationen und gesellschaftlichen Gruppen zusammen
- Sie regt insbesondere lokale Initiativen an.
- Sie fördert den fachlichen Austausch von integrierten Handlungsansätzen im Sinne der Paktziele.
- Sie informiert über und kommuniziert den Europäischen Pakt für die Jugend in Deutschland.
- Sie unterstützt insbesondere Aktionen und Maßnahmen, in denen die Beteiligung von jungen Menschen gestalterisches Grundprinzip ist.



Maßnahmen der Plattform

- Diskussions- und Fachforen auf nationaler und kommunaler Ebene
- Sammlung von guten Beispielen integrierter und sektorübergreifender Lösungsansätze auf regionaler und kommunaler Ebene
- Fortbildungsangebote zu Good-Practice
- Dialogplattform online
- Wettbewerbe und Prämierung von Leuchtturmprojekten
- Fortbildungsangebote über europäische Jugendpolitik und jugendpolitische Finanzierungsinstrumente
- Internetauftritt
- Sie unterstützt die Berichterstattung der Bundesregierung zum Jugendpakt an die Kommission.

Brüssel, Bonn und Berlin im Januar 2007

Ulrike Wisser (BBJ Consult), Hans-Georg Wicke (JUGEND für Europa), Jana Schröder (AGJ/NaBuK)



JUGEND für Europa
Deutsche Agentur für das
EU-Programm JUGEND IN AKTION